

## IM ROSTOFF

- Gemeinschaftsinitiative  
Interreg III B – zur Stärkung  
des wirtschaftlichen und  
sozialen Zusammenhalts  
in Europa 2
- „Sustrain“ und „SIC“ –  
zwei Raumplanungs-  
projekte zur Nutzung von  
Entwicklungschancen der  
EU-Osterweiterung 4
- Revitalisierung von Städten 6  
in ehemaligen Kohleberg-  
baugebieten (REVI) – ein  
erfolgreiches Interreg-Projekt
- Hermes (Heritage and  
New Media for Sustainable  
Regional Development) –  
ein Beitrag zur nachhaltigen  
Regionaleentwicklung 7
- Den Nachbarn  
ein Stück näher rücken –  
die Euregio Egrensis
- Partnerschaft mit der 8  
Picardie auch in der  
Raumordnung praktizieren
- Zusammenarbeit von 9  
Thüringen und Russland  
bei Raumplanung  
und Regionaleentwicklung
- „Landesentwicklung ge- 10  
stalten – den Zukunfts-  
standort Thüringen sichern“  
Regierungserklärung zum  
Landesentwicklungsplan
- Brachflächenpotenzial 11  
von etwa 12 000 Hektar  
in Thüringen
- „Bäderdreieck“  
weiter auf gutem Kurs

# Zusammenarbeit im Europa der Regionen

## EUROPA

# Gemeinschaftsinitiative Interreg III B – zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa

## Was ist Interreg III B?

Interreg III B fördert transnationale Projekte der europäischen Raumentwicklung. Grundlegende Ziele sind: die Förderung der regionalen Entwicklung, der Verkehrssysteme und des Zugangs zur Informationsgesellschaft sowie der Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes.

Interreg III B bietet eine finanzielle Unterstützung, um in gemeinsamen Projekten Erfahrungen auszutauschen und mit anderen Partnern neue Strategien, Dienstleistungen und Produkte zur Lösung lokaler und regionaler Probleme zu entwickeln und zu erproben. Die Bearbeitung erfolgt querschnittsorientiert, d. h. fachübergreifend und in einem räumlichen Zusammenhang.

Interreg III B untergliedert sich in 13 sogenannte Kooperationsräume, die sich auf ganz Europa erstrecken. In diesen Gebieten können internationale Projekte durchgeführt und aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) bezuschusst werden (in Zielgebieten bis zu 75 %).

Thüringen ist am Kooperationsraum CADSES (Mittel-europäischer, Adriatischer, Donau- und Südosteuropäischer Raum) beteiligt. Die Zusammenarbeit im Kooperationsraum soll die europäische Integration stärken und zu einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung beitragen.



Kooperationsraum CADSES

## Welche Projekte sind förderfähig?

Es werden grundsätzlich nur transnationale Projekte gefördert, d.h. für jedes Projekt muss eine transnationale Projektgruppe gebildet werden. In der Regel müssen mindestens zwei Staaten aus dem Kooperationsraum vertreten sein, wobei es keine Rolle spielt, ob dies EU-Mitgliedstaaten oder Drittstaaten sind. Projektbeteiligte aus Staaten, die (noch) nicht Mitglied der EU sind, erhalten allerdings keine direkte Förderung aus INTERREG-Mitteln, sondern bringen zusätzliche nationale oder Mittel

aus anderen EU-Programmen ein. Das Projekt muss einen integrierten räumlichen Ansatz verfolgen, mit dem auf gemeinsame Probleme und Möglichkeiten reagiert wird und der dem Kooperationsraum tatsächliche Vorteile verschafft. Die Lösung der Aufgaben sollte ein transnationales Zusammenwirken erfordern.

Grundlage der Zusammenarbeit sind die von den beteiligten Staaten für jeden Kooperationsraum erarbeiteten Programme. Sie enthalten Informationen zu speziellen Zielen, zu den Prioritäten der Förderung, zu Maßnahmenbereichen und zur Programm-

durchführung. Die Programme werden durch ein Ergänzungsdokument vervollständigt. Dieses liefert Informationen zu den Bewilligungskriterien von Projektanträgen, zu den förderfähigen Aktivitäten, den erwarteten Ergebnissen und Wirkungen der Projekte und entsprechende Erfolgsindikatoren.

## Wie sieht ein Projektantrag aus und wo wird er eingereicht?

Die Projektantragsunterlagen können beim Programmsekretariat angefordert oder von der Website ([www.cadses.net](http://www.cadses.net)) heruntergeladen werden.

Anträge auf Förderung können von nationalen, regionalen und lokalen Körperschaften, Universitäten und Forschungsinstituten, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), weiteren nicht gewinnorientierten Organisationen und auch durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oder andere private Einrichtungen eingereicht werden. Anträge sind in englischer Sprache zu stellen.

Die Fristen für die Einreichung von Förderanträgen werden auf der Website veröffentlicht. Die Anträge müssen beim transnationalen Programmsekretariat des Kooperationsraumes eingereicht werden. Das Sekretariat versorgt potenzielle Antragsteller auch mit Informationen und gibt bei Bedarf praktische Hinweise während des Antragsverfahrens.

## Welche Kriterien müssen die Projekte erfüllen?

Die Bewertung der beantragten Projekte erfolgt anhand von formalen und inhaltlichen Kriterien. Ihre Einhaltung ist eine Mindestvoraussetzung für die Bewilligung. Falls ein Antrag bereits grundlegende formale Mängel aufweist, erfolgt in der Regel keine weitere Bewertung, da ein solches Projekt nicht zuschussfähig ist.

Die wichtigsten inhaltlichen Kriterien sind: Projekte sollen einen Beitrag zur räumlichen Entwicklung leisten und einen fachübergreifenden Ansatz verfolgen. Die angestrebten Ergebnisse müssen ausreichend konkretisiert werden, in der Regel durch Nennung von Indikatoren zur Messung des Projekterfolges. Wichtig ist daneben eine tragfähige Management- und Partnerstruktur.

Über diese grundlegenden Bewertungskriterien hinaus wird solchen Projekten in der Regel Priorität eingeräumt, die zu konkreten, erkennbaren und nachhaltigen Ergebnissen führen. Projekte haben größere Aussicht auf Förderung, wenn sie Investitionen beinhalten oder durch Machbarkeitsstudien o.ä. konkret vorbereiten.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Antragstellung ist neben der Bildung einer transnationalen Projektgruppe die Benennung eines Hauptpartners (Lead Partner). Dieser koordiniert die Projektentwicklung, kümmert sich um die Vollständigkeit und Einreichung des Antrags. Er trägt die Gesamtverantwortung für das Projekt und ist für das Projektmanagement und -berichtsweisen zuständig. Der Lead Partner ist alleiniger Ansprechpartner und Vertragspartner. Die Rechte und Pflichten aus dem Zuschussvertrag überträgt er in der Regel durch eine Kooperationsvereinbarung auf seine Projektpartner.

## Wer entscheidet über Projekte?

Über die Projektanträge entscheidet nicht die Europäische Kommission in Brüssel, sondern ein Lenkungsausschuss, der sich aus nationalen und regionalen Vertretern der beteiligten Staaten des jeweiligen Kooperationsraumes zusammensetzt.

Das Programmsekretariat nimmt eine Vorbewertung der Anträge vor. Die endgültige Entscheidung trifft jedoch der Lenkungsausschuss im Konsens. Wichtigstes Kriterium für die Auswahl ist die Qualität der Projekte in Beziehung zu den Programmzielen. Es erfolgt keine Zuteilung nach festgelegten nationalen Quoten. Für den Kooperationsraum wurde ein nationaler Ausschuss eingesetzt. In diesem sind neben den zuständigen Bundesministerien die oberste Landesplanungsbehörde, die kommunalen Spitzenverbände, Wirtschafts- und Sozialpartner, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und weitere Verbände vertreten. Dieser Ausschuss bereitet die Position der deutschen Delegation im transnationalen Ausschuss vor und gibt Empfehlungen zur Entscheidung über konkrete Projektanträge.

## Wann erhält man die ersten Zuschüsse?

Nach Bewilligung des Projektes durch den Lenkungsausschuss bereitet das Programmsekretariat den Zuschussvertrag zwischen der transnationalen Verwaltungsbehörde und dem Lead Partner vor. Nach Vertragsunterzeichnung und Projektbeginn reicht der Lead Partner halbjährlich einen Bericht über durchgeführte Projektaktivitäten ein und beantragt die Auszahlung der EFRE-Mittel auf der Basis geprüfter Rechnungen für bereits getä-

tigte Ausgaben. Auf dieser Basis erhält der Lead Partner die Zuschüsse.

Da keine Abschlagszahlungen geleistet werden können, ist eine Vorfinanzierung der Ausgaben durch die Kofinanzierungen der Projektpartner erforderlich. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass eine Auszahlung der Zuschüsse an den Lead Partner nach der Berichterstattung zwischen zwei und vier Monate in Anspruch nimmt.

## Wie geht es weiter?

In der Zeit vom 14. April 2003 bis zum 17. Juni 2003 wird der 2. Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen im CADSES-Raum durchgeführt. Der Aufruf richtet sich sowohl an öffentliche als auch an private Einrichtungen und Institutionen.

Förderfähige Projekte können transnationale Studien und Planungstätigkeiten, Machbarkeitsstudien für Investitionen, Pilotprojekte, Etablierung neuer transnationaler Netze und der Aufbau von Managementstrukturen sein. Es können aber auch kleinere Infrastrukturinvestitionen gefördert werden. Projekte müssen Partner aus mindestens zwei Staaten aufweisen. Hohe Priorität genießen Projekte mit Partnern aus EU-Beitrittsstaaten

mit investitionsvorbereitenden oder investiven Maßnahmen.

Den vollständigen Ausschreibungstext sowie die Ausschreibungsunterlagen erhalten Sie auf der Internet-Seite des CADSES-Sekretariates unter der Adresse: [www.cadses.net](http://www.cadses.net).

Anträge müssen bis 17. Juni 2003 in englischer Sprache per E-Mail und per Post eingereicht werden beim:

CADSES Joint Secretariat  
Rathaus / City Hall  
Postfach / P.O. Box 12 00 20  
D-01001 Dresden  
E-Mail: [cadses@jts.dresden.de](mailto:cadses@jts.dresden.de)  
Telefon: 0351/488 1021

Telefax: 0351/488 1025

Zusätzliche Informationen sowie inhaltliche und formale Unterstützung bei der Erstellung von Projektanträgen bietet die deutsche Anlaufstelle (CCP) am Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. in Dresden. Neben allgemeinen Grundlagen zu den Programminhalten von INTERREG III B CADSES hält der CCP aktuelle Informationen zum Antragsverfahren vor. Unterstützung bei der Erarbeitung von Projektanträgen sowie die Suche nach Projektpartnern im In- sowie Ausland gehören ebenso zum Aufgabenspektrum des CCP wie die Hilfe bei der Implementierung des Projektes, der Berichterstattung und der Finanzbearbeitung.

Weitere Informationen können auf der nachstehenden Homepage des CCP abgerufen werden.

CADSES Contact Point, c/o Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Weberplatz 1, 01217 Dresden

E-Mails: [b.diehl@ioer.de](mailto:b.diehl@ioer.de), [c.fueger@ioer.de](mailto:c.fueger@ioer.de)

Telefon: 0351/4679 209, -277

Telefax: 0351/4679 212

Internet: [www.ioer.de/ccp](http://www.ioer.de/ccp)

Anfragen können Sie auch richten an: Thüringer Staatskanzlei

(Oberste Landesplanungsbehörde) Referat 62

Regierungsstr. 73, 99084 Erfurt

Telefon: 0361/3792621, Telefax: 0361/3792603

E-Mail: [SauerbreyR@TSKEF.thueringen.de](mailto:SauerbreyR@TSKEF.thueringen.de)

Internet: [www.thueringen.de/rolp](http://www.thueringen.de/rolp)

Darüber hinaus finden Sie weitere Informationen zu Interreg III B in Deutschland im Internet unter:

[www.interreg.de](http://www.interreg.de)

und zu Interreg III B im Allgemeinen unter:

[www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/interreg3/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/index_de.htm)



## PROJEKT

# „Sustrain“ und „SIC!“ – zwei Raumplanungsprojekte zur Nutzung von Entwicklungschancen der EU-Osterweiterung

## Ausgangssituation

Mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung werden sich auch die ostdeutschen Bundesländer mit neuen Rahmenbedingungen konfrontiert sehen, deren Auswirkungen auf die Regionalentwicklung erheblich sind. Mit der Verbesserung der Zugänglichkeit und der Erweiterung des europäischen Binnenmarktes werden die Volkswirtschaften zusammenwachsen und eine Neubewertung der Produktionsstandorte bewirken.

## Das Projekt „Sustrain“ (Sustainable Transport Infrastructure and Intermodal transport Concepts for Northern central Europe)

Zielsetzung des Interreg-Projektes „Sustrain“ (Abschluss 2001) war es, diese Entwicklungschancen zu quantifizieren und als Grundlage für einen gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur heranzuziehen. In Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen aus Deutschland (Bundesländer Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), Österreich, Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei wurde auf den erheblichen Nachholbedarf im Ausbau der Nord-Süd-Verkehrsverbindungen hingewiesen. Der notwendigen nachhaltigen Entwicklung dieser Staaten war dabei beson-

dere Aufmerksamkeit zu schenken.

Für jede Region wurden Möglichkeiten und Chancen für die regionale Wirtschaftsentwicklung abgeleitet. Dazu gehören der Wegfall der bestehenden nationalen Grenzen und die notwendigen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen sowie deren optimale wirtschaftliche Nutzung. Der Freistaat Thüringen gehört mit überregional bedeutsamen Verkehrskorrido-

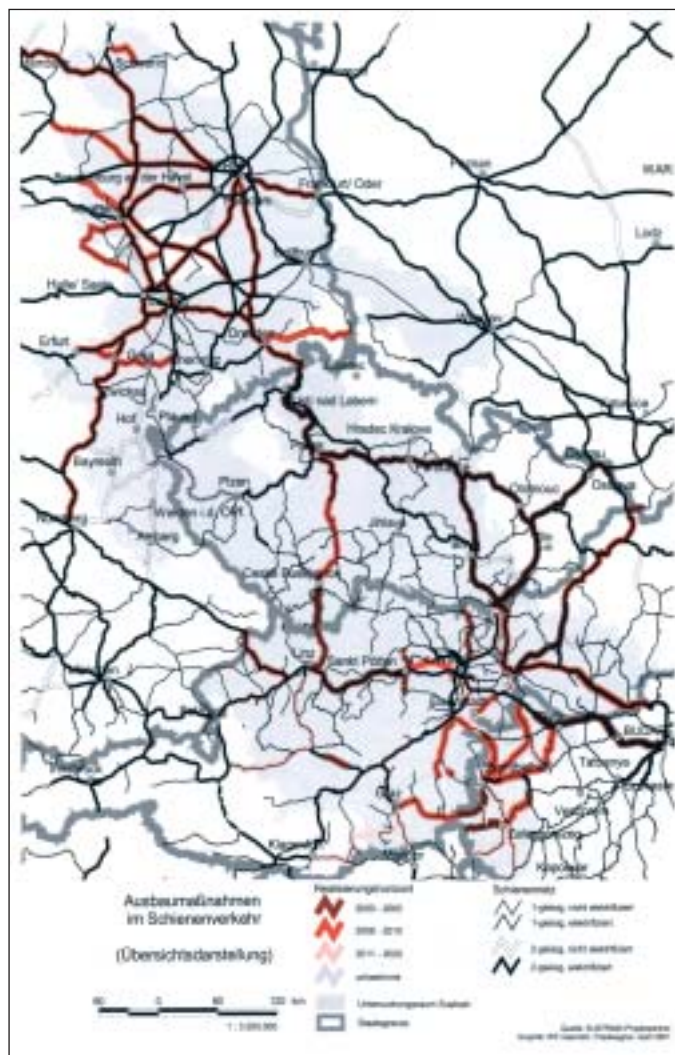
ren zum Einzugsgebiet des europäischen Verkehrskorridors 4 (Berlin – Prag – Wien – Budapest).

Im Hinblick auf eine verbesserte Erreichbarkeit der ost- und südosteuropäischen Ballungszentren im Schienen- und Straßenverkehr werden im ostdeutschen „Sustrain“-Untersuchungsgebiet insgesamt 35 Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung des europäischen Verkehrskorridors 4 und seiner Zu-

laufkorridore vorgeschlagen. Insgesamt ist der Thüringer Untersuchungsraum mit 11 empfohlenen Maßnahmen (31 %) zur Ertüchtigung der „Sustrain“-Korridore beteiligt.

Es wurde nachgewiesen, dass sich mit diesen Ausbaumaßnahmen nicht nur die verkehrliche Zugänglichkeit zu den Märkten und Ballungsräumen in den Ländern Ost- und Südosteuropas entscheidend verbessert, sondern dass auch die regionalen Effekte, d.h. die Rückkopplungen der verkehrlichen Ausbaumaßnahmen auf die Entwicklungschancen der Regionen im Einzugsbereich der Korridore, erheblich sind. Werden die durch „Sustrain“ empfohlenen Ausbaumaßnahmen im Straßen- und Schienenverkehr realisiert, verstärken sich die positiven Effekte einer nachhaltigen Regionalentwicklung erheblich. Die Landkreise Altenburger Land, Saalfeld-Rudolstadt sowie die kreisfreien Städte Erfurt, Weimar und Gera werden am stärksten von diesen Maßnahmen und der EU-Osterweiterung profitieren.

Weitere Informationen:  
[www.sustrain.net](http://www.sustrain.net)



Ausbaumaßnahmen im Schienennetz

## Das Projekt „SIC!“ (Sustrain Implement Corridor)

Als Folgeprojekt von „Sustrain“ geht es bei „SIC“ um Möglichkeiten der konkreten Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturen. Mit der EU-Osterweiterung ist zu erwarten, dass die bisher noch unterentwickelte

Verkehrsinfrastruktur zu einem Engpass der Entwicklung wird. Hier frühzeitig zeitliche und finanziell realisierbare Lösungsvorschläge auf der Basis von begründeten Standards zu unterbreiten, ist eine wesentliche Aufgabe von „SIC!“:

Vorbedingung für eine nachhaltige Entwicklung ist die Realisierung bedarfsgerechter Transport- und Infrastrukturkanäle, die den ökonomischen, sozialen und kulturellen Austausch mit den Beitrittsstaaten unterstützen. Mit der EU-Osterweiterung muss die infrastrukturelle Basis für eine länderübergreifende Integration geschaffen werden. Der Ausbau der Nord-Süd-Infrastruktur in der Mitte Europas ist zu beschleunigen und an den realen Anforderungen zu orientieren. Es zeigt sich jedoch, dass die dafür erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen werden. „SIC!“ wird daher Strategien und konkrete praktische

Maßnahmen erarbeiten. Sie schließen Finanzierungsoptionen ein und sollen die Regional- und Verkehrspolitik im nationalen wie auch im EU-Rahmen beeinflussen. Dazu wird „SIC!“ ein konkretes Finanzierungsmodell vorschlagen, mit dem Möglichkeiten und Risiken von Infrastruktur-Investitionen aufgezeigt, aber auch operationelle Maßnahmen für die weitere Vorgehensweise vorgeschlagen werden.

„SIC!“ wird auch ein Informationssystem erarbeiten, das die Ergebnisse mit anderen Projekten in der EU verbindet und transparente Daten zu einer verbesserten Entscheidungsfindung liefert. Grundidee ist dabei die Nutzung und Weiterentwicklung dieses Instruments zu einem Monitoring-System, vor allem nach der Beendigung von „SIC!“. Damit geht das Projekt methodisch und organisatorisch weit über den Rahmen einer Mach-

barkeitsstudie hinaus.

Im Zentrum der Untersuchungen für den Freistaat Thüringen stehen die transnationalen und überregionalen Verkehrsnetze in Richtung Ost- und Südosteuropa. Darüber hinaus sollen die raumordnerischen Wirkungen der Verkehrskorridore vor dem Hintergrund der bevorstehenden EU-Osterweiterung für alle Thüringer Regionen aufgezeigt werden. Grundlage hierzu sind die in „Sustrain“ ausgewiesenen Chancen der Landkreise und kreisfreien Städte sowie ein neues, spezifiziertes Regionsmodell, welches einerseits optimale Bedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung beschreibt, andererseits aber auf bestehende Defizite in der Region hinweist und Möglichkeiten ihrer Überwindung mit konkreten Maßnahmen benennt. Alle vorgeschlagenen verkehrsinfrastrukturellen Maßnahmen werden dabei auf ihre

raumordnerische Priorität untersucht.

Folgende Schwerpunkte sind für den Thüringer Untersuchungsraum vorgesehen:

- Darstellung der raumordnerischen Wirkungen eines qualifizierten transeuropäischen Verkehrswegeausbaus im regionalen, nationalen und gesamteuropäischen Kontext,
- Auswahl und Bewertung potenzieller Verkehrskorridore für eine Erweiterung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN) sowie Vorschläge für dessen Ergänzung,
- Ableitung von Maßnahmen zur optimalen Gestaltung des TEN und zur Nutzung dieser Infrastruktur für die regionale Entwicklung im Freistaat Thüringen,
- Überprüfung aller vorgeschlagenen Maßnahmen auf ihre raumordnerische Priorität.

Dr. Burkhard Gallander  
Thüringer Staatskanzlei

WÄHLEN SIE DAS RICHTIGE LICHT AUCH FÜR IHREN ARBEITSPLATZ

**Artemide®**

THE HUMAN LIGHT

**OBJEKTFORM®**  
The Culture Company

Johannesstraße 13  
99084 Erfurt

Telefon (03 61) 5 40 39 70  
Telefax (03 61) 5 40 39 71

erfurt@objektform.de  
www.objektform.de



## PROJEKT

# Revitalisierung von Städten in ehemaligen Kohlebergbaugebieten (REVI) – ein erfolgreiches Interreg-Projekt

Die Städte Oelsnitz, Zwickau (beide Sachsen), Meuselwitz (Thüringen) und Kladno (Tschechien) tragen mit den aus Bergbautätigkeit resultierenden direkten sowie indirekten Folgen ein spezielles Problem und damit eine weitaus höhere Belastung als die meisten Städte vergleichbarer Größe. Die vier Städte arbeiteten daher von Mai 2000 bis September 2001 im Rahmen eines transnationalen Projektes, kurz REVI genannt, gemeinsam daran, die Bergbaufolgesituation zu bewältigen und zu nutzen, um die Städte einschließ-

Landschaften, Flächen und Baulichkeiten durch.

Konkrete Ergebnisse für die Stadt Meuselwitz sind dabei u. a. :

- Vervollständigung der bergschadenskundlichen Analyse und Erarbeitung eines bergmännischen Risswerks für das gesamte Stadtgebiet
- Darstellung potentieller Wiedervernässungsgebiete infolge des langfristigen Grundwasserwideranstiegs und damit zusammenhängend die Erstellung eines Altlasten-Verdachtsflächenkatasters

landschaft

Das Besondere von REVI ist darin zu sehen, dass bergbauliche und städtebauliche Probleme eng miteinander verbunden wurden, kommunale Projekte im regionalen Bezug gesehen wurden, ein transnationaler Austausch stattfand und Wissenstransfer nach außen möglich war. Der Bergbauarbeitskreis als querschnittsorientiertes fachliches Gremium stand dabei beratend zur Seite. Als großer Erfolg kann das Symposium zur Revitalisierung von Städten in Kohlebergbaufolge-

Diskussion und Ideenfindung. Andere Regionen, wie das Ruhrgebiet und die Region um Jaworzno/Polen, oder auch Erfahrungen aus der Lausitz und Großbritannien, wurden, wie z.B. auf der Abschlusskonferenz im Mai 2001 in Oelsnitz/Erzgebirge, in den Prozess mit einbezogen.

REVI wird von den Beteiligten als Erfolg gesehen, denn die Bergbaufolgeschäden können nur langfristig und durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden. Dass die dabei entstandenen Kontakte, Bindungen und Freundschaften über das Ende des Projekts hinaus wirken und die Zusammenarbeit der Städte untereinander und auch mit neuen Partnern erfolgreich weitergehen wird, zeigt sich darin, dass gegenwärtig ein neuer Antrag mit dem Titel „Rehabilitation and Development in mining regions“ (READY) im Programm INTERREG III B erarbeitet wird und im Sommer 2003 eingereicht werden soll. Federführend dabei ist das Institut für Ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden.

Neben den deutschen und tschechischen Partnern wird auch zu Vertretern von Bergbauregionen aus Österreich, Ungarn, Polen und Bulgarien zwecks Integration in das Projekt ständig Kontakt gehalten. Während der geplanten dreijährigen Laufzeit sollen vor allem investitionsvorbereitende Maßnahmen und Projekte erarbeitet und bis zur Umsetzungsreife entwickelt werden. Weitere Infos zu REVI unter: [www.projekt-revi.de](http://www.projekt-revi.de)

Jürgen Schustereit



Ein früheres Bergbaugelände wird zur grünen Oase

lich der Kohlebergbaufolgelandschaft und der Industriebrachen zu revitalisieren.

Nach Abschluss der Zuschussvereinbarung zu Interreg II C und mit Förderung durch die Freistaaten Thüringen und Sachsen konnte im Frühjahr 2000 die Projektarbeit beginnen. Die Städte führten parallel Projekte zur Beherrschung und Nutzung der Bergbaufolgewirkungen und zur Aufwertung von

- Erneuerung und Erweiterung des Grundwassermonitorings am Altbergbaubjekt „Restloch Hainbergsee“
- Grundlagen für ein Revierniveau in ausgewählten Stadtteilen
- Vision eines langfristigen Stadtentwicklungskonzeptes unter Einbeziehung und Nutzung der Potentiale der Bergbaufolge-

landschaften vom 31.08. bis 01.09.2000 in Kladno (Tschechien) gesehen werden. In Vorträgen und Diskussionen mit rund 60 Teilnehmern wurde deutlich, dass sehr unterschiedliche Erfahrungen im Umgang mit Problemen der Bergbaufolgelandschaft bestehen. Insbesondere boten auch Berichte zur IBA Emscher Park und den Vorhaben der EXPO Sachsen-Anhalt GmbH Stoff zur



## PROJEKT

## Hermes (Heritage and New Media for Sustainable Regional Development) – ein Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung

Der Titel verweist bereits deutlich auf Anliegen und Zielstellung des Projektes: Erarbeitung, Erforschung, Popularisierung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen zur aktiven Nutzung des kulturellen Erbes für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Im Zentrum steht dabei die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im Museums-, Bildungs- und Tourismusbereich.

Als Lead Partner bereitet die Stiftung Weimarer Klassik dieses Projekt für eine Förderung durch Interreg III B vor. Es soll mit dem 2. Aufruf für den Kooperationsraum CADSES im Frühjahr 2003 eingereicht werden. Mit der Bauhaus-Universität und Radio LOTTE in Weimar sind zwei weitere Einrichtungen aus Thüringen involviert. Auf der transnationalen Ebene sind Partner aus Toblach (Italien), Volos (Griechenland), Sofia (Bulgarien) und Krakow (Polen) beteiligt. Weitere Partner, darunter auch mehrere private Unternehmen, sind an dem Projekt interessiert bzw. bereits eingebunden (u.a. WIGE Data GmbH Leipzig, Philipp Reemtsma Hamburg, SALVE-TV GmbH Weimar, Real Sound Medien Productions Srl Udine/It). Beginnend im Herbst 2003 sollen bis Ende 2006 durch Pilotmaßnahmen und begleitende Forschungen raumordnerisch relevante Aspekte von kulturellem Erbe und regionaler Identität herausgearbeitet werden. Insbesondere auf folgende Fragen will das Projekt produktive und nachvollziehbare Antworten finden:

- Wie kann das kulturelle Erbe durch neue Nutzungen erhalten und für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen nutzbar gemacht werden?
- Welche Synergien bestehen zwischen baulichen, kulturellen und medialen Räumen und wie können diese für eine nachhaltige Entwicklung erschlossen werden?

- Was sind Eckpfeiler einer gemeinsamen europäischen Identität und wie kann diese für eine europäische Raumordnungspolitik gesichert werden?

Neben der das Gesamtprojekt begleitenden Forschungsarbeit durch die Bauhaus-Universität Weimar sollen in Thüringen folgende Teilprojekte realisiert werden:

- Ausbau des Wielandgutes in Oßmannstedt bei Weimar zu einer europäischen Jugendbildungsstätte mit Forschungszentrum, Internet-Cafe sowie multimedialem Museum
- Vorbereitung des Umbaus des ehemaligen Wilhelm-Ernst-Gymnasiums (UNESCO-Weltkulturerbe) zu einem Medien-Gründer-Zentrum
- Ausarbeitung neuer Bildungs- und Tourismusangebote sowie entsprechender Marketingstrategien für die wirtschaftliche Belebung der gesamten Region
- Aufbau eines Internet-Erbe-Radios mit regelmäßigen Beiträgen aller beteiligten Partner als Vorstufe eines internationalen Hermes-Radios
- Veranstaltung internationaler Sommerkurse als Orte des europäischen Diskurses, vor allem zur Rolle des Kulturerbes in der Raumplanung

Nicht zuletzt wird das Projekt für die beteiligten Regionen durch die Inwertsetzung des Kulturerbes, die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen, Investitionen in die Erbestätten und die Verbesserung der regionalen sowie interregionalen Kommunikation, auch unmittelbar nachhaltige Auswirkungen haben.

Dr. Burkhard Kolbmüller  
Stiftung Weimarer Klassik

## PRROJEKT

## Den Nachbarn ein Stück näher rücken – die Euregio Egrensis

Das Ländereck Bayern-Sachsen-Thüringen-Böhmen hat eine Jahrhunderte alte, über weite Strecken gemeinsame Geschichte. Bis zur Schließung der Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg war dieser gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsraum mitten in Europa geprägt von engen sozialen und wirtschaftlichen Verbindungen und Verflechtungen. Die Nachkriegsentwicklung hat diese gemeinsame Entwicklung und die enge Verbundenheit unterbrochen. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und

der Öffnung der Grenzen boten sich für die Region gänzlich neue Rahmenbedingungen. 1993 wurde die EUREGIO EGRENSIS – benannt nach Regio Egire, Egerregion – gegründet. Wichtigstes Anliegen der EUREGIO EGRENSIS ist es, zu Verständigung und Toleranz beizutragen sowie umfassend, friedlich und partnerschaftlich über die Grenzen zwischen dem Freistaat Bayern, dem Freistaat Sachsen, dem Freistaat Thüringen und der Tschechischen Republik hinweg zusammenzuwirken. Die EUREGIO EGREN-

SIS koordiniert und fördert im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Entwicklung. Dabei schafft sie auch Kontakte zwischen Bürgern, Behörden und sonstigen Stellen. So entstand u.a. das Frauen-Radsport-Team Euregio Egrensis, das jährlich bei der Thüringen-Rundfahrt der Frauen präsent ist und dessen Teammitglieder an internationalen Wettkämpfen und Meisterschaften teilnehmen. Im Sommer 2000 wurde der



„Radfernwanderweg EUREGIO EGRENSIS“ eröffnet. Dieser erstreckt sich über eine Distanz von über 500 km durch Sachsen, Thüringen, Bayern und die Tschechische Republik und führt durch eine abwechslungsreiche Landschaft mit viel Sehenswertem am Wegesrand. Mit einer ganzen Anzahl weiterer Projekte



Der EUREGIO EGRENSIS-Radwanderweg

und gemeinsamer kultureller Veranstaltungen ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Menschen näher zusammenrücken zu lassen.

Die wichtigsten Arbeitsfelder der EUREGIO EGRENSIS liegen jedoch in der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesse-

rung der Infrastruktur. Diese Arbeitsfelder bieten in Zukunft viele Möglichkeiten auch für kleine und mittlere Betriebe, sich in grenzüberschreitende Projekte einzubringen. Eines dieser Projekte, das von der Wirtschaft wie auch von den Bürgern gut angenommen wird, ist das Euro-

regionale Nahverkehrssystem „EgroNet“. Das beispielhafte System aus innovativer Fahrzeugtechnik, moderner Kommunikation und kundenorientiertem Fahrbetrieb erlebte seinen Start als externes Projekt der EXPO 2000. „EgroNet“ verkörpert ein neues Mobilitätssystem des Nahverkehrs, das umweltfreundlich und wirtschaftlich zugleich ist und den Menschen eine schnelle sowie komfortable Form der Fortbewegung auch über Ländergrenzen hinweg bietet. Schiene und Straße konkurrieren nicht miteinander, sondern ergänzen sich sinnvoll.

Alle beteiligten Verkehrsunternehmen haben ihr Angebot aufeinander abgestimmt, Fahrpläne und Tarife wurden vereinheitlicht. Durch die enge Zusammenarbeit aller beteiligter Stellen in Sachsen, Bayern, Thüringen und der Tschechischen Republik ist

aus einem heterogenen Nahverkehrsangebot ein bürgernahes und grenzüberschreitendes Mobilitätssystem geworden, das beispielhaft für angepasste Mobilität in Europa ist.

Ein Fahrschein für die Benutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel im „EgroNet“-Gebiet genügt, egal ob man Bahn, Bus oder Straßenbahn benutzt.

Nach langen Bemühungen sind der Landkreis Greiz und der Saale-Orla-Kreis nun auch in der Förderkulisse Interreg III A der Europäischen Union vertreten. Zwar „nur“ in der zweiten Reihe, aber damit ist eine wichtige Voraussetzung für die Förderung weiterer gemeinsamer Projekte geschaffen.

Weitere Informationen:  
[www.euregio-egrensis.de](http://www.euregio-egrensis.de)

Karin Lange  
Landratsamt Greiz

## PROTOKOLL

# Partnerschaft mit der Picardie auch in der Raumordnung praktizieren

Auf Einladung des Regionalrates der Picardie besuchten im März 2003 Landes- und Regionalplaner aus Thüringen die französische Partnerregion. Diese Reise wurde von der obersten Landesplanungsbehörde geleitet.

Seit 1994 gibt es eine Partnerschaft zwischen Thüringen und der Picardie. Zur räumlichen Situation, zum raumplanerischen „Handwerk“ der Partner, gab es im Mai 2002 in Erfurt und Eisenach ein erstes Gespräch mit einer französischen Delegation unter Leitung von Madame du Granrut. Mit dem Besuch in Amiens konnte dieser Dialog fortgeführt werden. Auch wenn sich die Grundlagen und Instrumente der Planungssysteme in beiden Ländern unterscheiden, eint doch das gemeinsame Anliegen einer nachhaltigen Regionalentwicklung und einer erfolgreichen Positionierung im europäischen Rahmen.

Die französische Raumordnung kam lange Zeit ohne ein eigenständiges Gesetz zurecht. Erst infolge der in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzenden Reformen zur Dezentralisierung der staatlichen Aufgaben wurde ein gesetzlicher Rahmen für die Raumplanung geschaffen. Die Picardie – eine von 22 französischen Regionen – hat die Erarbeitung einer regiona-

len Raumordnungsstrategie zu einem besonderen Politikschwerpunkt gemacht. Die Gesprächspartner auf französischer Seite waren daher besonders an den Erfahrungen in Thüringen interessiert.

Trotz sprachlicher Hindernisse fanden die Beteiligten schnell zu einer fachlichen Verständigung, denn sowohl die Probleme als auch die Ansätze zu deren Lösung unterschieden sich nicht sehr.

Insbesondere in Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit zeigten sich viele Gemeinsamkeiten. So ist die Vorgehensweise bei der Kooperation und der Bewältigung von teilräumlichen Problemen in vieler Hinsicht vergleichbar mit den hiesigen regionalen Entwicklungskonzepten. Hier kann Thüringen insgesamt, aber auch manche kommunale Arbeitsgemeinschaft, von den picardischen Erfahrungen profitieren.

Die Diskussionen und Besichtigungen vor Ort haben jedenfalls deutlich gemacht, dass es lohnend ist – bei aller Spezifik und Eigenständigkeit der Regionen – für gemeinsame Fragestellungen gemeinsam nach Antworten zu suchen. Ein Ansatz, den ja die EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg fördert. Es ist deshalb auch darüber gesprochen worden, wie auf diesem Wege die Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann. Erste Überlegungen





dazu sind während des Arbeitsbesuches bereits angestellt worden. Vor allem die Potentiale in den Natur- und Kulturräumen beider Länder bieten dafür genügend Ansätze. Interessanterweise weist die Picardie Ähnlichkeiten mit Thüringen auf. So nutzte man hier wie da Waid zum Blaufärben von Tuchen. Das Bleu d'Amiens brachte der Region Wohlstand und Ansehen. Die Legende berichtet zudem von einem jungen Legionär namens Martinus. Als dieser einem frierenden Mann am Stadttor von Amiens begegnete, teilte er barmherzig seinen Mantel mit ihm. Dieser Martinus wird heute noch am 11. November, dem Martinstag, vor allem in Thüringen geehrt.

Die Picardie ist landschaftlich sehr reizvoll und vielgestaltig. Sie erstreckt sich vom Pariser Becken bis zum Ärmelkanal. Durchquert wird die Picardie von der Somme mit ihren zahlreichen Nebenarmen und Kanälen, die heute noch von der Binnenschifffahrt genutzt werden. Wasser, Felder und Wälder prägen die Landschaft der Picardie, dazu verträumte Dörfer, wehrhafte Burgen, stolze Schlösser und die schönsten Kathedralen der Gotik. Es lohnt sich, diese Region einmal auf eigene Faust zu entdecken.

Die Raumplaner aus Thüringen und der Picardie haben sich jedenfalls herzlich und mit der gegenseitigen Versicherung, in Kontakt zu bleiben, verabschiedet. In Zukunft werden Untersuchungen, Konzepte und Pläne wohl häufiger in die andere Sprache übersetzt



Landesplaner aus der Picardie und Thüringen

und den Partnern zur Verfügung gestellt werden. Schließlich arbeitet man auch in der Picardie an einem Entwicklungsplan für die Zeit bis 2015. Und über ein nächstes Treffen in Thüringen wird auch schon nachgedacht.

Rüdiger Sauerbrey  
Thüringer Staatskanzlei

FURORE

# Zusammenarbeit von Thüringen und Russland in der Raumplanung und Regionalentwicklung

Auf Einladung des Ersten Stellvertretenden Ministers im Russischen Ministerium für Vermögensverhältnisse, Dmitry B. Aratsky, hielt sich Staatskanzleiminister Jürgen Gnauck Ende Februar 2003 zwei Tage in Moskau auf. In seiner Delegation reisten der Geschäftsführer der Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft, Jürgen Reinholz, der Hauptgeschäftsführer der IHK Ostthüringen, Peter Höhne, und leitende Mitarbeiter der Staatskanzlei.

Der Freistaat Thüringen und die Russische Föderation beabsichtigen, die Zusammenarbeit in den Bereichen Raumplanung und Regionalentwicklung zu vertiefen. Mit dieser Zielstellung unterzeichneten Minister Gnauck und Vizeminister Aratsky ein Gemeinsames Communiqué. Danach soll sich die Zusammenarbeit insbesondere auf solche Projekte konzentrieren, die zur weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen

und wissenschaftlichen Kontakte beitragen können. Außerdem sollen Fortbildungskurse zu ausgewählten Themen im Zusammenwirken mit geeigneten Institutionen ermöglicht werden. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, das seit zwei Jahren mit dem Europarat ein Modellprojekt zur Regionalentwicklung in den Gebieten Moskau und St. Petersburg durchführt, unterstützt diese Initiative und wird sich für eine entsprechende Förderung durch die Europäische Union einsetzen.

Mit Blick auf die gemeinsame Perspektive nahm Minister Gnauck auch an einer Sitzung mit dem Expertenrat der Modellregion Moskau Oblast teil. Er stellte die Entwicklungsstrategien der Landes- und Regionalplanung in Thüringen vor und diskutierte mit Vertretern russischer Regionen die dort bestehenden Problemlagen und



Russische Journalisten im Interview mit Minister Gnauck

Lösungsansätze. In weiteren Gesprächen mit dem Vizeminister des Russischen Wirtschaftsministeriums, Vitali V. Shipov, sowie dem Deutschen Botschafter in Moskau, Friedrich von Ploetz, wurde das derzeitige russische Gesetzesvorhaben zur kommunalen Selbstverwaltung besprochen, dessen Regelungen sich stark an das deutsche

Modell anlehnen. Auch auf diesem Gebiet, mit zahlreichen Schnittstellen zur Raum- und Regionalentwicklung, besteht, so die übereinstimmende Einschätzung, großer Bedarf für deutsche Beratung und Unterstützung in Russland.

Detlef Wendt  
Thüringer Staatskanzlei

## PROTOKOLL

# „Landesentwicklung gestalten – den Zukunftsstandort Thüringen sichern“ Regierungserklärung zum Landesentwicklungsplan



Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Thüringer Staatskanzlei, Jürgen Gnauck, gab am 4. April 2003 im Thüringer Landtag eine Regierungserklärung zu den Eckpunkten des neuen Landesentwicklungsplans ab. Den vollständigen

Text dieser Rede finden Sie im Internet unter:

[www.thueringen.de/rolp/Informationen-Veroeffentlichungen-Reden](http://www.thueringen.de/rolp/Informationen-Veroeffentlichungen-Reden).

Landesplanung und Raumordnung sind zentrale Aufgaben der Landespolitik. Beinahe alle Politikbereiche werden davon berührt. Aber, das betonte Gnauck in seiner Regierungserklärung, ein Landesentwicklungsplan sei kein detailliertes Zukunftsprogramm. Seine Aufgabe liege darin, den Fachplanungen eine gemeinsame Grundlage zu geben. Er gebe Impulse für eine gemeinsame Entwicklung und öffne Spielräume, damit sich die Regionen ihren spezifischen Möglichkeiten und Bedürfnissen ent-

sprechend entfalten können. Die Regierungserklärung solle eine breite öffentliche Diskussion über die Ziele der Raumordnung im Freistaat Thüringen anstoßen.

In seiner Rede bilanzierte Gnauck die Entwicklung des Landes in den letzten zehn Jahren und stellte Eckpunkte des künftigen Landesentwicklungsplans vor. Gnauck betonte, dass insbesondere der Ausbau der Infrastruktur in den letzten Jahren gut vorangekommen sei. Deswegen habe der wirtschaftliche Strukturwandel im Freistaat große Fortschritte gemacht hat. Auch die Wohnsituation der Menschen in Thüringen habe sich seit 1993 erheblich verbessert. Probleme im Bereich der Siedlungsentwicklung sah der Minister unter anderem durch Stadt-Umland-Wanderungen. Bei Natur und Umwelt, so Gnauck, seien die Ziele des LEP von 1993 zum großen Teil realisiert worden. Signifikante Fortschritte gebe es auch bei Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Gnauck betonte: „Thüringen ist gut vorangekommen, auch weil wir auf die Stärke der Kommunen setzen.“ Er lobte die positive Rolle der regionalen Planungsgemeinschaften bei der Ausarbeitung der Regionalpläne. Es sei ihnen gemeinsam mit vielen regionalen Akteuren gelungen, die kommunalen Interessen zu bündeln und damit eine wichtige Grundlage für eine positive Entwicklung der Regionen zu legen.

Der neue Landesentwicklungsplan, so Gnauck weiter, trage dazu bei, die positive Entwicklung des Landes fortzusetzen. Dabei müsse sich Thüringen vor allem vier Herausforderungen stellen: dem demographi-

schen Wandel, der Entwicklung der Mobilität, der EU-Osterweiterung und dem kooperativen Föderalismus. Eine Antwort auf die Zukunftsfragen sah Gnauck in den Leitprinzipien der künftigen Thüringer Landesentwicklung: Nachhaltigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse und Subsidiarität. Ausführlich ging Gnauck auf das Zentrale-Orte-System und das Konzept der Stadt-Umland-Bereiche (Entwicklungskerne) ein.

Gnauck bezeichnete den neuen Landesentwicklungsplan als einen wichtigen Baustein, um die Zukunft des Landes Thüringen zu gestalten. Er forderte die Kommunen und Regionalen Planungsgemeinschaften auf, untereinander und mit dem Land zu kooperieren. Der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes soll im Mai 2003 dem Kabinett vorgelegt und danach zur breiten öffentlichen Diskussion gestellt werden. Gemeinden, Landkreise und Verbände werden um Stellungnahme gebeten. Im Herbst wird die Thüringer Staatskanzlei zu einer Konferenz über die Landesplanung einladen.

Damit auch die Bürger und Bürgervertreter vor Ort ausreichend Gelegenheit haben, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen, werden Regionalforen organisiert.

Gnauck ging davon aus, dass am Ende dieses Diskussionsprozesses ein Landesentwicklungsplan steht, der den Zukunftsstandort Thüringen weiter voranbringt, der dabei hilft, die demographischen Veränderungen sowie die Strukturveränderungen in Wirtschaft, Arbeitsmarkt und im Sozialbereich erfolgreich zu bewältigen.



**Die Fachzeitschrift  
für Immobilien und Investment  
in Thüringen!**

**HAUS + INVEST**  
Steigerstraße 22 · 99096 Erfurt  
Telefon (03 61) 3 46 50 01

## PROJEKT

## Brachflächenpotenzial von etwa 12 000 Hektar in Thüringen

Nach einer Untersuchung, die von der Fachhochschule Nordhausen (FHN) im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei erarbeitet wurde (ROstoff berichtete in der Ausgabe 2/2002), ist in Thüringen von einem aktuellen Brachflächenpotenzial von der Größe etwa so groß wie das Stadtgebiet von Jena auszugehen. Von diesen rund 12 000 ha sind etwa 6 700 ha durch ihre Lage innerhalb oder am Rande der Städte und Dörfer für eine zukünftige Nutzung als Wohn- oder Gewerbegebiet geeignet. Dies entspricht in etwa dem Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Thüringen von 1997 – 2001.

Unter Brachflächen versteht man in diesem Zusammenhang überwiegend „gebrauchte“, oft „verwahrloste“ Flächen mit aufgelassenen Gebäuden, für deren Wiedernutzung bzw. Umnutzung besondere Aktivitäten erforderlich sind. Dies gilt z.B. für ehemals militärisch genutzte Flächen und Gebäude, Altindustrie- und Altgewerbestandorte, leer stehende Wohnbauten, nicht mehr benötigte Anlagen und Immobilien der Deutschen Bahn AG oder ehemalige landwirtschaftliche Produktionsstandorte.

Die Untersuchung stützt sich auf eine modellhafte Erhebung an etwa 600 Standorten in drei repräsentativen Teilräumen und einer anschließenden Hochrech-

nung auf den gesamten Freistaat Thüringen. In den drei Modellräumen Nordhausen, Ruhla-Walterhausen und Altenburger Lösshügelland-Schkölen nehmen die Hinterlassenschaften ehemals landwirtschaftlicher Produktionsstandorte mit 23 % den größten Anteil ein. Es folgen bisher ungenutzte „Grüne-Wiese-Standorte“ mit einem Anteil von 18 % sowie Gewerbebrachen mit 15 %. Das Problem der Wohnbaubrachen zeichnet sich im ländlich geprägten Raum stärker ab, während beispielsweise Bahnbrachen eindeutig dem städtischen Raum zugeordnet werden können.

Neben der Erhebung ist auch eine Befragung hinsichtlich der Hemmnisse und Defizite sowie der Lösungs- und Optimierungsansätze durchgeführt worden. Als hauptsächliche Hemmnisse beim Brachflächenrecycling haben sich das Negativ-Image, der hohe Aufwand, die Rechtsunsicherheit, sowie das undurchsichtige Spektrum an Förderprogrammen herauskristallisiert. Zur Überwindung der Hemmnisse seien gemeinsame, fachübergreifende und übergeordnete Lösungsansätze sowie öffentliche und private Strategien erforderlich. Dazu zählen gesetzgeberische Initiativen, landesplanerische Vorgaben, bessere methodische Instrumente und Leitlinien, sowie eine Neuordnung der

Förderprogramme und -richtlinien, so die Gutachter. Es gebe einen weiteren übergeordneten und ressortübergreifenden Forschungsbedarf.

In den alten und neuen Ländern bestehen bezüglich der Brachflächen sehr unterschiedliche Problemlagen. Somit sind Aufgaben und Lösungsansätze nicht direkt auf Thüringen übertragbar. Kennzeichnend für die Brachflächensituation in den neuen Ländern ist das nahezu überall anzutreffende Überangebot an insbesondere kleinteiligen Flächen bei rückgehender Nachfrage. Doch gerade in Zeiten des Strukturwandels und wirtschaftlicher Probleme können Brachflächen hergerichtet, Gefährdungen gesichert und Ruinen beseitigt werden, um so Vorleistungen für spätere Entwicklungen zu erbringen.

Auf der Grundlage dieser Untersuchung kann der Prozess durch die von der FHN moderierte Arbeitsgruppe F3 (F3 steht für Flächenschutz, Flächenrecycling, Flächenmanagement) qualifiziert fortgesetzt werden. Die FHN strebt gemeinsam mit dieser Arbeitsgruppe eine Erweiterung der Brachflächenerfassung in Thüringen, eine Kooperation auf nationaler und internationaler Ebene sowie eine „Short-time/low-budget“-Aufbereitung von konkreten Brachflächen an.



Im Thüringer Landesentwicklungsplan soll die Revitalisierung von Brachflächen und das Recycling von Flächen für die Stadt- und Dorferneuerung bzw. für eine natur- und landschaftsbezogene Nutzung einen besonderen Stellenwert einnehmen. Damit setzt Thüringen auf eine nachhaltige und ressourcenschonende Siedlungsentwicklung, eine Verminderung des Freiraumverbrauchs sowie vor allem auf eine Stärkung der Standortbedingungen durch Beseitigung städtebaulicher und naturräumlicher Missstände.

Eine Kurzfassung der Studie ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:

[www.brachflaeche.de](http://www.brachflaeche.de)

Thomas Walter  
Thüringer Staatskanzlei

## PROZESS

## „Bälderdreieck“ weiter auf gutem Kurs

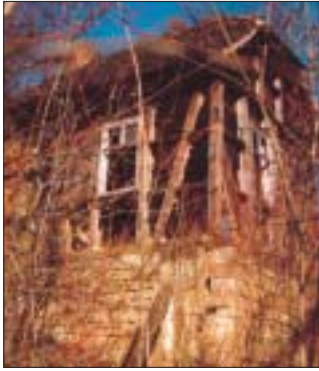
Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft „Bälderdreieck Bad Bibra – Bad Kösen – Bad Sulza“, gegenwärtig unter Leitung des Bad Sulzaer Bürgermeisters Johannes Hertwig, setzt sich konsequent für den Fortgang des Regionalen Entwicklungskonzeptes ein: Einmal im Vierteljahr, bei Bedarf auch öfter, wird gemeinsam der Arbeitsstand beraten und der Kurs für die nächsten Monate abgesteckt. Fachlich begleitet wird die REK-Umsetzung vom Büro ABRAXAS aus Weimar, das in den Jahren 1998/99 bereits das

Entwicklungskonzept erstellt hatte. Die Teilnehmer einer Fachkonferenz am 23. November 2002 in Bad Sulza konnten daher eine sehr erfolgreiche Bilanz ziehen: Nur drei Jahre nach Vorlage des REK „Bälderdreieck“ waren zwei

Drittel der fast 50 Projekte in Angriff genommen, viele bereits fertiggestellt. Besonders bemerkenswert: Hier handelt es sich nicht etwa um reiche Kommunen, sondern um Städte, denen ihr Engagement für die infrastrukturelle Erneuerung bereits in den

Entwicklungskonzept erstellt hatte. Die Teilnehmer einer Fachkonferenz am 23. November 2002 in Bad Sulza konnten daher eine sehr erfolgreiche Bilanz ziehen: Nur drei Jahre nach Vorlage des REK „Bälderdreieck“ waren zwei





Idyllische Weinhäuschen des „Bäderdreiecks“ erstrahlen im neuen Glanz

goer Jahren leere Kassen beschert hat. Doch kreative Finanzierungsmodelle im Zusammenwirken von Kommunen und Privaten, sowie eine enge Kooperation mit den Kreisverwaltungen und den Landesregierungen in Erfurt und Magdeburg erbrachten multiplikative Wirkungen. So konnten Vorhaben, die Vielen utopisch erschienen, kurzfristig realisiert wer-

den. Beispielsweise sind die Straßenverbindung von Bad Kösen bis zur Landesgrenze in Richtung Bad Sulza, die ersten Bauabschnitte des Kurparks in Bad Bibra, wichtige Einrichtungen der Freizeitinfrastruktur in Bad Sulza sowie Vorhaben privater Leistungsträger in allen drei Städten sichtbarer Beleg dieser erfolgreichen Arbeit. Dies hat

auch maßgeblich dazu beigetragen, dass zwei der drei Orte im Jahre 2003 bereits die endgültige Prädikatisierung erhalten konnten: Bad Bibra als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ und Bad Sulza als „Heilbad“. Die 84 Konferenzteilnehmer aus der gesamten Saale-Unstrut-Region zogen aber nicht nur Bilanz, sondern verständigten

sich auch auf neue Aufgaben: Durch Straßenbau- und Lärmschutzmaßnahmen wird Bad Kösen dem Prädikat „Heilbad“ in den Jahren 2003/04 einen bedeutenden Schritt näher kommen, die ÖPNV-Verkehrsverknüpfung zwischen den drei gesundheitsorientierten Städten soll ernsthaft angegangen werden, und für touristische Leistungsträger wird ein komplexes Schulungsprogramm zur Verbesserung der Servicequalität angeboten – nur drei von mehr als drei Dutzend Vorhaben, die in der nächsten Zukunft begonnen, fortgeführt oder abgeschlossen werden sollen. Dies zeigt eine Dynamik, die bei der Umsetzung von REK in Deutschland beispiellos ist.

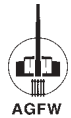
Prof. Dr. Harald Kunze  
ABRAXAS

## „Energie-Contracting – Ein Standortfaktor?“

F P S FRITZE PAUL SEELIG  
Rechtsanwälte

veranstalten die

Arbeitsgemeinschaft für Wärme  
und Heizkraftwirtschaft  
- AGFW - e.V. beim VDEW



### „1. Mitteldeutsche Contracting-Konferenz“ Perspektiven und Möglichkeiten in der Praxis

12. Juni 2003, Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale  
Bonifaciusstraße 16, 99084 Erfurt

Ziel der „1. Mitteldeutschen Contracting-Konferenz“ ist es, allen maßgeblichen Marktteilnehmern des Energie-Contractings eine Informations- und Kommunikations-Plattform zu schaffen, Fragen zu klären und die Perspektiven und Marktchancen des Energie-Contractings zu verbessern.

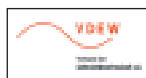
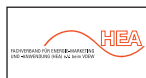


Der Teilnehmerkreis setzt sich zusammen aus Vertretern von Wohnungswirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel, Gewerbe, Kommunen, Kreditwirtschaft, beratenden Ingenieuren, Energiewirtschaft, Hersteller, Landwirtschaft und Rechtsberatung.

Grußworte von **Franz Schuster – Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur**  
und **Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt, Manfred O. Ruge**

Referenten von der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), dem Verband Thüringer Wohnungswirtschaft, der Industrie- und Handelskammer Erfurt, der Handwerkskammer Erfurt, der GASAG WärmeService GmbH, Techem Energy Contracting, Fa. SenerTec Kraft-Wärme-Energiesysteme GmbH sowie weitere Vertreter aus den Bereichen der Versorgungswirtschaft, der Industrie und von Kommunen präsentieren Ihre Erfahrungen.

Die Veranstaltung  
wird unterstützt von:



Weitere Informationen und Anmeldung:

AGFW-Projekt GmbH · Stresemannallee 28 · 60596 Frankfurt am Main · Frau Bär · Tel.: 069/6304-415 · Fax: 6304-455 · E-Mail: a.baer@agfw.de  
Rechtsanwälte FPS Fritze Paul Seelig · Hirschlachufer 7 · 99084 Erfurt · Herr Dr. Lippert · Tel.: 0361/565800 · Fax: 5658010 · E-Mail: erfurt@fps-law.de

#### IMPRESSUM

Herausgeber: Thüringer Staatskanzlei, Abteilung Raumordnung und Landesplanung, Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt, verantwortlich: RD Rüdiger Sauerbrey, Telefon: 03 61/3 79 26 21, E-Mail: SauerbreyR@TSKEF.thueringen.de  
Redaktion, Anzeigen & Gesamtherstellung: HAUS + MEDIA GmbH, Steigerstraße 22, 99096 Erfurt, Telefon 03 61/3 46 50 01  
© HAUS + MEDIA GmbH